

12. JAN



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31 - 33
Fernschreiber 0 88 6 89 0

P/XVI/290 - 28. Dezember 1961

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	<u>Kler Arnt Herr Gerstenmaier</u> Kritik in der falschen Richtung	37
2	<u>Niederrachsen bleibt in guten Händen</u> Dr. Georg Diederichs wird Kopfs Nachfolger	44
3	<u>Berlin gab ein Beispiel</u> 17 Straßennamen nach Widerstandskämpfern	35
4 - 5	<u>Afrikanische Gewerkschaftler in der Bundesrepublik</u> Ein Beitrag der Friedrich Ebert-Stiftung zur Entwicklung afrikanischer Völker	56

* * * * *
* * *

Hier irrt Herr Gerstenmaier

Kritik in der falschen Richtung

ap - Der Präsident des Bundestages, Dr. Eugen Gerstenmaier, hat es für sinnvoll gehalten, die Deutschen davor zu warnen, der UNO allzuviel Credit zu geben. Er meinte, die letzten Vorgänge im Kongo hätten gezeigt, daß die Weltorganisation ihrer Aufgabe nicht gerecht werde. Mit einem Seitenhieb auf die Weltkirchenkonferenz und das dort zutage getretene Verhalten der Kirchennänner wird auch dieser Versuch des vorsichtigen Ausgleichs im Bereich der Christenheit in dunklen Farben dargestellt.

Es erhebt sich die Frage, was wohl der Herr Bundestagspräsident und Konsistorialrat gedacht haben mag, als er so schnelle Urteile fällte. Gewiß, die UNO ist keine Institution, die über jede Kritik erhaben wäre. Aber sie bleibt - bis auf Widerruf - der grandiose Versuch, in einer durcheinandergeratenen Welt eine Plattform der Aussprache und des Ausgleichs zu erhalten.

Was den speziellen "Fall Kongo" anbetrifft, so sollte sich doch eigentlich auch in der Umgebung des Herrn Bundestagspräsidenten Heringsapochen haben, daß im Kongo eine separatistische und von einer Söldnerarmee unterstützte Gruppe mit allen Mitteln versucht hat, die Zusammenfassung des früheren belgischen Kongo zu einem Staat zu verhindern. Der UNO einen Vorwurf zu machen, sie sei ihrer Aufgabe nicht gerecht geworden, dem Morden Einhalt zu gebieten, ist nun doch allzu dick aufgetragen. Am allerwenigsten sollten deutsche Politiker mit erhobenem Zeigefinger jenes Werk schmälern, auf das Millionen Menschen ihr Leben aller Unzulänglichkeiten der Weltorganisation ihre Hoffnung setzen.

Die Kritik an den Verlauf der Weltkirchenkonferenz in Neu-Delhi möge der Kirchenmann Gerstenmaier mit seinen Freunden im Bereich der Evangelischen Kirchen austragen. In Neu-Delhi handelte es sich - als Politikum gesehen - um den vorsichtigen Versuch der Evangelischen Kirchen, jene Bindungen nicht abreißen zu lassen, die über die Staats- und Systemgrenzen hinaus die evangelischen Christen in aller Welt miteinander in Kontakt zu halten. So lange es noch irgendwo möglich ist, miteinander zu reden, bleibt die Hoffnung, daß Gewalttätigkeiten verhindert werden können.

Herr Gerstenmaier wäre klüger gewesen, wenn er durch seine Bemerkungen nicht gezeigt hätte, wie "stark in Lartun befangen" auch er sein kann.

Niedersachsen bleibt in guten Händen

F.S. - Hannover

Am 28. Dezember nahm Niedersachsen und darüber hinaus die Bundesrepublik Abschied von einem Manne, der zu den markantesten politischen Persönlichkeiten Nachkriegsdeutschlands gehörte und der sich um Land und Volk hoch verdient gemacht hat. Bereits 24 Stunden später tritt der niedersächsische Landtag zusammen, um nicht nur den Nachfolger Heinrich Wilhelm Kopf zu wählen, sondern die neue Landesregierung zu vereidigen und ihre Regierungserklärung entgegenzunehmen.

Mancher Außenstehende, dem die sieben Wochen währenden Verhandlungen um eine Regierungsbildung am Rhein noch in Erinnerung sind, mag sich gefragt haben, wie man wohl eine Regierung in dieser Rekordzeit bilden könne. Der ungewöhnliche Vorfall macht deutlich, daß man sich offenbar schon zu Lebzeiten des verstorbenen Ministerpräsidenten Kopf über eine Fortsetzung der Koalition aus SPD, BHE und FDP unter den Partnern einig war. Kopf ist allem Anschein nach mit der Zusicherung seiner Koalitionspartner aus dieser Welt gegangen, daß sie ihren Koalitionsvertrag bis zum Ablauf der Legislaturperiode im Frühjahr 1963 treu erfüllen werden. Daraus muß geschlossen werden, daß sich das Koalitionsbündnis bewährt hat und die drei ungleich großen Fraktionen zu einer guten Partnerschaft zusammengefunden haben. Kopf hat in Niedersachsen auch einen politisch wohl geordneten Hausstand hinterlassen und nur Phantasien konnten sich der Täuschung hingeben, es werde in Falle seines Ablebens zu einer Umschichtung in der Regierungskoalition kommen.

Es blieb denn auch nur zwei der Opposition nahestehenden publizistischen Erzeugnissen im Lande vorbehalten, genau an jenem Tage die Möglichkeit einer "bürgerlichen Aera" in Niedersachsen anzukündigen, an dem SPD, BHE und FDP gemeinsam bereits die Einberufung des Landtages zur Wahl des neuen Ministerpräsidenten erbaten. Politische Beobachter im Lande erinnerten sich dabei des Jahres 1959, als der Opposition eine ähnliche Peinlichkeit nicht erspart geblieben war: ihre Kabinetts-Wunschliste ohne die stärkste Fraktion war vorzeitig veröffentlicht worden, aber Heinrich Wilhelm Kopf hatte "seine" Regierung bereits gebildet.

Niedersachsens neuer sozialdemokratischer Regierungschef Dr. Georg Biederichs gilt seit Jahren weit über den Kreis seiner politischen Freunde und über die Grenzen Niedersachsens hinaus als Inbegriff des aufgeschlossenen, fairen, undogmatischen Politikers. Der um viele Jahre jünger wirkende 61jährige Doktor der Wirtschaftswissenschaften und Pharmazent steht seit 1926 im politischen Leben. Die Nationalsozialisten brachten ihn wegen illegaler Widerstandstätigkeit ins Konzentrationslager und ins Gefängnis. Von 1933 bis 1945 leistete Dr. Biederichs Wehrdienst, davon drei Jahre an der Ostfront. Der gebürtige Niedersachse war in seiner Heimat Bürgermeister, später Landrat, gehört dem Landesparlament seit über einem Jahrzehnt an und war zeitweise einer seiner Vizepräsidenten. Seit 1957 bekleidet er das Amt des Sozialministers und ist seit 1959 stellvertretendes Mitglied des Bundesrates.

17 Straßennamen nach Widerstandskämpfern

EGS - Straßenumbenennungen sind ein Erzübel dieses Landes. Alle zehn Jahre werden in Deutschland Straßen umbenannt, den politischen Strömungen folgend. Vereitig umbenannte Thälmann-Straßen sind, mit Ausnahme von Hamburg, überall wieder rück-umbenannt worden. Die jüngste Pressemeldung einer Umbenennung in Bonn, wo die Karl-Marx-Straße - gegen die Stimmen der SPD und FDP und sogar einiger CDU-Abgeordneter - wieder in "Max-Straße" nach einem alten Kurfürsten rückbenannt wurde, erübrigt jeden Kommentar und spricht für sich selbst.

Auffällig ist, wie wenige deutsche Straßen heute noch nach Widerstandskämpfern heißen, jedenfalls im Verhältnis zu militärischer. Persönlichkeiten. Man brauchte nur einmal die "Hindenburg" oder "Ludendorff"-Straßen in Deutschland zu zählen...

Allerdings gab die Stadt Berlin ein Beispiel, wo es jetzt im Bezirk Zehlendorf sogar eine Straße gibt, die nach dem ehrwürdigen Rabbiner Dr. Leo Baeck 1961 benannt worden ist.

Hier benannte man das "Großadmiral-Tirpitz-Ufer" nach dem revolutionären und im ersten Weltkrieg hingERICHTETEN Matrosen Reichspietsch. Alle Versuche gewisser Kreise, eine "Rückbenennung" durchzuführen, scheiterten bisher. Hier nannte man im Tiergarten die Bendler-Straße zum Gedenken an den 20. Juli in "Stauffenberg-Straße" um.

Allen Bezirken voran steht in Berlin der Bezirk Charlottenburg mit seinem rührigen SPD-Bürgermeister Kurt Wegener, der allein 17 Straßen nach Widerstandskämpfern benannte, eine einmalige Gelegenheit in der ganzen Bundesrepublik unter allen Städten, und auch in Berlin weitaus beispielhaft.

Charlottenburger Straßen, Zeilen, Plätze, Dörne, Wege heißen nach folgenden Widerstandskämpfern aller Weltanschauungen: Bonhoeffer, Breitscheid, Dahrendorf, Goerdeler, Eabermann, Haefen, Haßem, Haubach, Heilmann, Hofacker, Hüttig, Klausener, Letterhaus, Mierendorff, Popitz, Schneppenkerst und nochmals ein Platz nach Carlo Mierendorff. Da kommt selbst Berlin-Schöneberg mit drei Widerstandsnamen, darunter dem Julius Lebers, nicht im Straßenvorzeichnis mit. - Der Bezirk Charlottenburg erinnert auf Schritt und Tritt in würdiger Weise an das "andere Deutschland".

28. Dezember 1961

Afrikanische Gewerkschaftler in der Bundesrepublik

Ein Beitrag der Friedrich Ebert-Stiftung zur Entwicklung afrikanischer Völker

W.W. - Zu Beginn des Jahres 1962 werden im Rahmen des Entwicklungsländerprogramms der Friedrich Ebert-Stiftung 19 afrikanische Gewerkschaftler in einem zweimonatigen Seminar mit den wichtigsten Aufgaben und Problemen der modernen Gewerkschaftsbewegung vertraut gemacht. Die Teilnehmer, unter denen sich auch eine Frau befindet, kommen aus Nigeria, Njassaland, Sierra Leone, Kongo, Ghana, Kenia, Kamerun, Tanganjika, Tunesien, Marokko, Senegal, Elfenbeinküste. Fast alle haben schon in führenden Positionen der noch jungen, im Aufbau begriffenen afrikanischen Gewerkschaftsbewegung gearbeitet. Einer von ihnen, Nyakpa Oken Eshiett, war Mitglied des Zentralen Exekutivrates des Gewerkschaftskongresses von Nigeria und Teilnehmer der Casablanca-Konferenz im Mai 1961, wo er ein vielbeachtetes Referat über die panafrikanische Situation hielt. Aber auch die übrigen Teilnehmer kommen mit all den Problemen, die eine Fülle von Fragen in sich bergen, zu uns, die ihnen aus dem Übergang ihrer Völker vom kolonialen Status zu selbständigem politischen Dasein erwachsen.

Gewissenhafte Vorbereitung

Zur Vorbereitung auf das Seminar absolvierten die afrikanischen Gewerkschaftler einen deutschen Sprachkursus beim Goethe-Institut, der es ihnen ermöglicht, den vielfältigen Programmen, das ihnen während des Seminars geboten wird, zu folgen. Es handelt sich hierbei um ein Allround-Programm, in dem alle Fragen angeschnitten werden, die den afrikanischen Gewerkschaftlern bei der Bewältigung ihrer gewerkschaftlichen Arbeit in den Heimatländern bereits begegnet sind oder in Laufe der weiteren Entwicklung ihrer afrikanischen Gewerkschaftsbewegung noch begegnen werden. Es werden sowohl die organisatorischen wie auch die theoretischen und praktischen Problembereiche der Gewerkschaftsarbeit berührt und durch Referate profilierten Gewerkschaftler, Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler, Politologen und Historiker viel-

fältig ausgeleuchtet. Dabei wird angestrebt, den afrikanischen Kollegen zugleich mit der Vielzahl der Aspekte gewerkschaftlicher Arbeit auch die besondere deutsche Situation nahezubringen. Damit die Diskussionen in enger Anlehnung an die Praxis erfolgen können, werden Exkursionen in verschiedene Groß-, Mittel- und Kleinbetriebe durchgeführt. Hier haben die Afrikaner Gelegenheit, mit Arbeitern und Betriebsräten zu sprechen und auch durch sie Aufschluß über sie besonders interessierende Fragen zu bekommen. Nicht zuletzt werden sie Gäste der Bundesschule des DGB in Oberursel und der Akademie der Arbeit in Frankfurt/Main sein, wo ihnen gezeigt wird, wie der Deutsche Gewerkschaftsbund um die Heranbildung politisch und gewerkschaftlich bewußter Arbeiter zu Gewerkschaftsvertretern bemüht ist; ein Problem, das besonders in Afrika brennend ist, wo es überhaupt noch keine gewerkschaftliche Tradition gibt.

Gewerkschaftsarbeit auf weite Sicht

Nach ihrem Besuch in Deutschland werden die afrikanischen Gewerkschaftler mit einer Fülle von Anregungen und auch theoretischem Rüstzeug versehen wieder in ihre Länder zurückkehren und dort nunmehr tatkräftiger und zielbewußter als bisher am weiteren Aufbau und Ausbau der politischen Selbständigkeit ihrer Völker mithelfen können. Diese Stabilisierung der gesellschaftlichen Situation der jungen Völker Afrikas ist aber ein unschätzbbarer Beitrag zur Normalisierung der politischen Situation in der Welt und damit ein Beitrag zur Erhaltung des Weltfriedens, der durch instabile Verhältnisse, wie es die Beispiele in Goa, Kongo und Neuguinea beweisen, ernstlich gefährdet wird.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel